



Flüchtlingskrise

Eine Herausforderung an unsere Wertvorstellungen

Ulrich Wagner

Mitglied im Vorstand von AUF Witten



Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr und die Bundeskanzlerin feiert

sich mit ihrer "Willkommenskultur". Was ist da eigentlich los?

Der aktuelle Flüchtlingsstrom ist Folge zahlreicher imperialistischer Kriege, politischer Verfolgung, Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit, zunehmender Massenarmut, Terror und Umweltzerstörung. Deshalb stellt sich die Frage, ob es reicht, irgendwie mit der Masse an Flüchtlingen fertig zu werden oder ob und wie wir die Fluchtursachen bekämpfen müssen.

Fluchtursachen mit Panzern bekämpfen?

Wenn die Bundesregierung nun aktu-

ell Bundeswehreinheiten nach Syrien schickt, dann nicht etwa um dort die Fluchtursachen und den IS zu bekämpfen, sondern um sich am Kampf um weitere Einflussgebiete zu beteiligen.

Die 3 Mrd. Euro für die türkische Regierung sollen dabei nur die Flüchtlinge fernhalten, die unter schlechtesten Bedingungen in Massenunterkünften regelrecht verwahrt werden.

Sie trägt damit zur weiteren Verschärfung der Fluchtursachen bei. Die vielfach von der Bundesregierung geforderte Schließung unserer Grenzen oder gar ihr bewaffneter Schutz erscheinen mit Blick auf Merkmals Willkommenskultur als ziemlich asozial.

Kriege sind eine der Hauptfluchtursachen und was ist denn das andere mit den entsendeten Truppen als Krieg? Der 2001 begonnene Irak-Krieg und später die Kriege in Afghanistan und Syrien haben überhaupt erst zu der Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens geführt.

In diesen Kriegen ging es immer nur um die Sicherung und Beherrschung

Inhalt

- 1/2 Flüchtlingskrise
- 3 Ein Projekt mit Zukunft
- 4/5 Leserbrief
- 6/7 Witten ohne Umweltzone
- 8 Brand bei HP Pelzer Chemie
- 9 nachhaltiges Partnerprojekt
- 10 Internationaler Frauentag
- 11 Weltfrauenkonferenz
- 12 Kolumne, Termine

neuer Gebiete seitens der imperialistischen Mächte, mit heuchlerischen Begründungen, man wolle dort gegen den Terrorismus und für Demokratie kämpfen, nur um uns jene Kriege schmackhaft zu machen.

Terrorgruppen wie der IS konnten aus diesen Kriegen erst entstehen. Jetzt im vorgeblich gemeinsamen Kampf gegen den IS geht die Rivalität der beteiligten Mächte mit anderen Mitteln weiter. Die Leidtragenden sind die dort lebenden Menschen, vor allem Frauen und Kinder.



Imperialisten und Großkonzerne verschlechtern und zerstören also ganz aktiv die Lebensgrundlagen in denjenigen Staaten, aus denen jetzt Flüchtlinge kommen zur Mehrung des bei uns angeblich verbreiteten Reichtums und Wohlstandes.

Vergleichsweise haben wir in Deutschland natürlich einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard.

Deshalb hoffen auch viele der Flüchtlinge auf ein besseres Leben hier, auch weil über ihre Medien verbreitet wird, wir würden hier in Saus und Braus leben. Hier angekommen tritt bei ihnen aber schnell **Ernüchterung** ein.

Migration ist eine Chance!

Wir müssen begreifen, dass die Migration auch die Chance für die Flüchtlinge beinhaltet, wieder nach Hause zurückkehren zu können, um sich dort am Wiederaufbau zu beteiligen.

Durch Migration sind zahlreiche neue Kulturen entstanden, wie auch die des Ruhrgebiets mit seiner langen Zuwanderungsgeschichte. Deutschland hat allein **zwischen 1944 und 1950 12 bis 13 Millionen Umsiedler und Flüchtlinge** aufgenommen, **nach 1989 weitere 4,5 Millionen sog. Aussiedler und Spätaussiedler vollständig integriert. Und jetzt nach 2 Millionen Flüchtlingen soll „das Boot voll“ sein?**

Wie kommt man überhaupt auf eine solche Behauptung? **Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2050 um bis zu 20% sinken.**

Selbstverständlich ist die Aufnahme von so viel neuen Menschen mit ande-



rer Kultur und anderen Gebräuchen eine besondere Herausforderung auch an unsere eigenen **Wertvorstellungen**.

Was ist uns wichtig, was wollen wir vermitteln, was können wir voneinander lernen?

Wir sind der Meinung, dass die Flüchtlingskrise schon mal nicht durch den **Abbau verbriefter Grundrechte** wie das Asylrecht gemeistert werden kann.

Das deutsche Asylrecht, das leider schon zweimal eingeschränkt worden ist, entstand aus den leidvollen Erfahrungen der faschistischen Hitlerdiktatur, die viele Deutsche zur Flucht zwang und sie von fremder Hilfe abhängig machte. Soll das jetzt Schritt für Schritt rückgängig gemacht werden?

Eine Erfahrung von uns Deutschen ist auch, dass unsere Regierung und das dahinter stehende Großkapital die Menschheit schon zweimal in einen Weltkrieg gestürzt haben. Deshalb gehört eine friedliche Außenpolitik und die Nichteinmischung in die inneren

Angelegenheiten fremder Völker ebenfalls zu unseren demokratischen Wertvorstellungen.

In Deutschland gibt es auch einen wachsenden Widerstand gegen die industrielle Umweltzerstörung und gegen den Export giftiger Industrieabfälle in abhängige Länder. Das eint uns mit den Menschen, die wegen der Vergiftung aus ihrer Heimat fliehen müssen und bei uns Schutz suchen.

Auch das gehört zu unseren Wertvorstellungen.

Die Bundesregierung tritt diese mit ihrer Politik regelrecht mit Füßen und es entlastet die Regierung keinesfalls von ihrer Verantwortung, wenn es aus dem ultra-rechten Lager noch krassere Vorstellungen gibt.

Pro aufgenommenen Flüchtling wird Ländern und Kommunen gerade mal **670 Euro pro Monat** zur Verfügung gestellt und **nur 60% der Kosten** der Kommunen gedeckt. Damit werden sie finanziell weiter ausgeblutet. **Für die Pleite der Hypo Real Estate Bank standen dagegen über Nacht satte 20 Mrd. Euro zur Verfügung.**

Das zeigt deutlich, wo bei der Regierung die Prioritäten liegen.

Im Gegensatz dazu engagieren sich etwa 1.000 Wittener ehrenamtlich für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge. Die Demonstration gegen den Brandanschlag auf die Annener Flüchtlingsunterkunft mit 1.000 Teilnehmern am 29. Januar unterstreicht, welche Wertvorstellungen in der Wittener Bevölkerung vertreten sind. **Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!**

Auszüge aus den Grundsätzen von AUF Witten

AUF Witten ermutigt die Betroffenen, für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Belange selbst aktiv zu werden und hilft ihnen, ihre Interessen durchzusetzen

AUF Witten ist getragen vom Gedanken der Gleichberechtigung aller in Witten lebenden Menschen, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, ihrer Religion und ihres Alters und fördert ihr solidarisches Zusammenleben und ihre kulturelle Vielfalt.

AUF Witten schließt die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.



Die 7. Baubrigade

Rojava – ein Projekt mit Zukunft!

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss nach Kobanê

von 4 Brigadisten aus Witten:
Zülfü Altunok, Fritz Hickler,
Heinz und Jan Vöhringer

Vier Wittener in Kurdistan

Während die Merkel-Regierung die Bekämpfung der Fluchtursachen heuchelt waren vier Wittener im letzten Jahr in Kobanê, Rojava/Westkurdistan (Nord-Syrien).

Jeweils mehrere Wochen bauten **Zülfü Altunok** im Juli, **Jan Vöhringer** und **Fritz Hickler** im Oktober/November und **Heinz Vöhringer** im Dezember, **gemeinsam mit Arbeitern aus Kobanê** ein **Gesundheits- und Sozialzentrum** auf.

Das Projekt in Kobanê ist Bestandteil des **internationalen Solidarpakts der ICOR** (Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen) mit der kurdischen Befreiungsbewegung.

Gesundheitszentrum in 6 Monaten fertig gestellt

Im Juni 2015 haben **177 ICOR-Brigadisten aus 10 Ländern** gemeinsam mit der Bevölkerung in Kobanê begonnen. **Ende Dezember** war das **Gesundheitszentrum** soweit fertig, sodass **der kurdische Rote Halbmond** den Betrieb aufnehmen konnte.



Kobanê war zu 90 % zerstört, ebenso alle Krankenhäuser, deshalb musste völlig neu gebaut werden.

„Das ist bislang das einzige internationale Hilfsprojekt, mit dem etwas neu aufgebaut wurde“, so **Enver Muslim**, der Ministerpräsident von Kobanê.



Den Sieg sichern!

Zum Bau eines Gesundheits- und Sozialzentrums in Kobanê durch internationale Brigaden der ICOR

Zu dem Projekt ist jetzt ein 50-minütiger Dokumentationsfilm von Mark Zorko erschienen, den wir jedem wärmstens ans Herz legen. Preis der DVD 15 €

Für den humanitären Einsatz haben wir (z. T. unbezahlt) Urlaub genommen, die Flüge selbst bezahlt, selbstlos und ehrenamtlich unter einfachsten Bedingungen, ob bei Gluthitze im Sommer und ab November bei Eiseskälte am Bau des **600 Quadratmeter großen Ärztezentrum** mitgeholfen.

Rohbau-, Betonarbeiten, Innenausbau, Elektrik, Planung, Koordinierung und Bauleitung waren die Bereiche, wo wir unsere Erfahrungen hervorragend einbringen konnten.

Hunderte von Wittenern trugen im letzten Jahr erfolgreich zur Finanzierung mit Werkzeug- und Geldspenden bei.

Dafür herzlichen Dank!

Schikanen der türkischen und deutschen Regierung

Um nach Kobanê zu kommen, mussten sich die internationalen Brigadisten nicht nur gegen Behinderungen und Sabotageaktionen des türkischen Staates, sondern auch der deutschen Bundesregierung durchsetzen.

Gemeinsam mit der reaktionären türkischen Erdogan-Regierung versuchten sie die Einreise nach Rojava zu verhindern. **Die Türkei schloss ihre Grenze für alle humanitären Hilfsgüter nach Rojava.** Entgegen ihrem angeblich „humanitären“ Anspruch lehnte die **Bundesregierung jegliche Hilfe und Unterstützung dieses Projektes ab.** Davon ließen wir uns aber nicht abhalten!

Das **Gesundheitszentrum wurde an die Selbstverwaltungsorgane übergeben.** Es trägt mit dazu bei, dass zwischenzeitlich in der nahezu entvölkerten Region Kobanê wieder **170.000 Menschen zurückgekehrt** sind, um ihre Stadt weiter aufzubauen und die demokratische Revolution zu Ende zu führen.

Die **ICOR-Brigaden** haben dafür einen bedeutenden materiellen und moralischen Beitrag geleistet. **Einem solchen praktischen Internationalismus gehört die Zukunft!**



Zuschriften

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Vandalismus?

Vor nicht all zu langer Zeit demonstrierte unsere Stadt im Rahmen einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Grillplätze am Hammerteich und auf dem Hohenstein und ebnete das umliegende Gelände mitsamt der vorhandenen Schutzhütten ein. Als Grund für diese Aktion wurde Vandalismus angegeben.

Die Grillplätze konnten bisher von Bürgern gemietet werden, vor kurzem sind beide Grillplätze noch renoviert worden. Ein von der SPD regelmäßig genutzter Grillplatz am Kahlen Plack soll dagegen erhalten bleiben. Als Begründung wird angeführt, dass dieser aufgrund der Nähe eines städtischen Betriebes leichter zu kontrollieren sei.

Warum ist das bei den anderen beiden in City-Nähe gelegenen Grillplätzen nicht ebenfalls möglich? Warum kann man nicht einfach eine Kautionserhebung und den Zustand der Grillplätze nach einer Nutzung überprüfen?

Wollte man nicht vielmehr mit dieser Nacht-und-Nebel-Aktion Fakten schaffen und so eine Diskussion über diese beiden bei den Bürgern sehr beliebten Grillplätze verhindern?



Auch AUF Witten nutzte regelmäßig städtische Grillplätze für seine Sommerfeste, zuletzt den Grillplatz am Hammerteich. Da waren keine Anzeichen von Vandalismus oder aufwändiger Reparaturen zu erkennen. Auch haben wir alles sauber und ordentlich hinterlassen.

Zum Thema Vandalismus und dem an den Grillplätzen zu findenden Müll, der unter anderem in Leserbriefen zum Thema erwähnt wurde, möchten wir hier nur mal fragen, ob man denn jetzt jedes von sogenanntem Vandalismus beschädigte städtische Gebäude, in dessen Umkreis Müll zu finden ist, ebenfalls einebenen möchte?

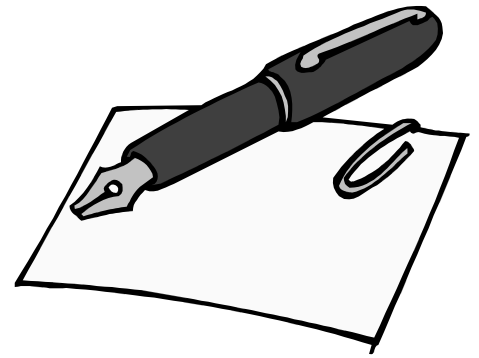
Müll und Graffitis findet man ja auch zum Beispiel am Rathaus, was aber unter Denkmalschutz steht.

Des Weiteren fällt einem langjährigen Beobachter und Nutzer der beiden Grillplätze auf, dass es hier schon sehr viel länger Müll- bzw. Vandalismusprobleme gab, als Grund für diese Nacht-und-Nebel-Aktion wirkt das doch sehr vorge-schoben.

R.S., Witten

Ein Skandal!

Der Abbau der Grillplätze durch die Stadt Witten ist ein Skandal! Die Plätze wurden im Dezember einen Tag nach Ankündigung praktisch über Nacht abgebaut, wodurch ein Protest unmöglich gemacht wurde. Diese Entscheidung ist nicht durch den Rat gegangen,



gen, sondern war ein Alleingang der Verwaltung, ohne Bürgerbefragung oder dergleichen! Allgemeine Reaktionen darauf bewegen sich zwischen Fassungslosigkeit und Entsetzen.

Bürgernähe heuchelnd, hat **Frank Schweppe** im Wahlkampf **gegen Sonja Leidemann** kandidiert. **Bei dieser Aktion aber waren sich Verwaltungschef und Bürgermeisterin wieder einig, und zwar gegen die allermeisten Interessen der Bürger.**

Der angebliche Grund: Kein Geld für Unterhaltung der Plätze. Wenn es tatsächlich an Geld gemangelt hat, hätte ja z.B. unsere rührige Bürgermeisterin, die für ihre "bürgerbetonte" Tätigkeit 9.000€ monatlich einstreicht, (zahllose Nebeneinkünfte nicht mitgerechnet) einen finanziellen Zuschuss leisten können, genauso wie andere überbezahlte wittener Kommunalpolitiker!

Wo blieb der Aufschrei, als Kämmerer Matthias Kleinschmidt den Kahlschlag im Hauptausschuss verkündete?

Was wird als nächstes abgebaut? Nachdem den Wittenern schon das altehrwürdige Hallenbad genommen wurde, kann man es ja jetzt mit dem Streichelzoo auf dem Hohenstein versuchen, der auch schon im Gespräch ist!

Der jüngste Vorschlag der SPD, Grillflächen am Ruhrufer nutzbar zu machen, kann nur als durchschaubare Wahlpropaganda verstanden werden, zudem es sich hier meist auch noch um Naturschutzgebiet handelt! Dass für etwaige Instandhaltung 1€ Kräfte im Gespräch sind, setzt dem Ganzen die Krone auf!

All dies sind absurde Vorstellungen einer Lebensqualität von weltfremden Politikern, im früher so beschaulichen Witten!

C.R., Witten

Eine Leserin stellte uns ihre Bilder von der Protestkundgebung gegen einen sogenannten Informationsstand der NPD am 7. November 2015 zur Verfügung. Die Bilder sprechen für sich.

Ein Leserbrief beleuchtet noch eine andere Seite: (d. Red.)

Sonderrechte für die NPD?

Mich interessiert, wie die NPD trotz des noch stattfindenden Wochenmarktes eine Genehmigung für ihre Provokation mitten auf dem Rathausplatz erhalten konnte? Ein Vorgang, der bis heute nicht richtig aufgeklärt ist.

Die Stadtverwaltung schiebt den schwarzen Peter dem Polizeipräsidium zu, das für die Genehmigung von Aufzügen unter freiem Himmel zuständig sei.

Das ist sicher korrekt, das kann jeder bestätigen, der eine Aktion unter freiem Himmel mit Einsatz auch von Lautsprechern durchgeführt hat.

Meine Erfahrung bei solchen Gelegenheiten ist aber, dass sich das Polizeipräsidium **vorher** bei der Stadt erkundigt, ob es Gründe gibt, die gegen die Durchführung der Versammlung unter freiem Himmel sprechen.

Meine Erfahrung ist auch, dass es diese Genehmigung dann **nicht** gibt und ein anderer Ort zugewiesen wird, wenn die Stadt Witten den Platz z.B. bereits gewerblich vermietet hat.

Das war zweifellos bei den Markthändlern der Fall, diese mussten ja einige



Stunden früher ihren Verkauf abrechen, um der NPD Platz zu machen.

Hat sich also das Polizeipräsidium über ein Veto der Stadt Witten hinweggesetzt?

Sollte das der Fall gewesen sein, hätte die NPD einflussreiche Fürsprecher im Polizeipräsidium, dass eine solche Ausnahme gemacht worden ist. Denn es ging auch um einen massiven Einsatz von Polizeikräften und Fahrzeugen.

War es aber nicht so, gibt es dann Fürsprecher der NPD in der Stadtverwaltung, die sich sogar über die Interessen der Markthändler hinwegsetzen können?



Solche Fragen darf man nicht aussitzen oder unter den Teppich kehren: Ich erwarte, dass Ross und Reiter genannt werden!

R.F. Witten

Die NPD ist in Witten unerwünscht. Aufwändig von der Polizei abgeschirmt vor dem Protest Wittener Antifaschisten sind 6 NPD-Aktive zu erkennen, wegen Glockengeläut und Protestrufen waren sie aber nicht zu verstehen. Interessenten wurden keine gesichtet.



Unsere Straßen und wie wir damit umgehen

Im Rahmen eines nächtlichen Spaziergangs konnte ich vor kurzem einen Heißbrammen(stahl-)schwertransport beim Befahren der Pferdebachstraße beobachten.

Als Anwohner der Dortmunder Straße waren mir diese Transporte schon seit längerem bekannt. Auch beim Befahren der Dortmunder Straße durch diese Schwertransporte fragte ich mich, warum diese Transporte, die ja wohl von DEW kommen, quer durch die Wittener City fahren, obwohl in Heven eine Auffahrt zur Autobahn besteht, die über eine gut ausgebaute Straße zu erreichen ist?

Die Dortmunder Straße ist sicherlich auch gut ausgebaut und für solche Transporte geeignet, näher wäre jedoch die Auffahrt Heven, zumal dort deutlich weniger Bürger vom nicht unerheblichen Transportlärm betroffen wären.

Die Nutzung der Pferdebachstraße für solche Transporte ist jedoch nicht nur wegen der noch höheren Anzahl betroffener Anwohner eine Farce. Aufgrund des schlechten Zustandes der Pferdebachstraße gibt es hier Teilgeschwindigkeitsbegrenzungen von bis vor kurzem zehn und jetzt aktuell dreißig Km/h.

Mit Blick auf die zu erwartende Verschlechterung des Straßenzustandes durch diese Schwertransporte kann man das Befahren der Pferdebachstraße mit solchen Transporten nur als Frechheit auf Kosten der städtischen Finanzen bezeichnen.



Davon abgesehen stellt sich die Frage, warum diese Transporte nicht über die vorhandene Gleisanbindung von der DB oder einem ihrer im Ruhrgebiet tätigen Konkurrenten abgewickelt werden können.

R.S. Witten

Trotz Feinstaub Witten ohne Umweltzone

Wolfgang Seidel

Bürger der Stadt Witten



Am 05. November 2015 schrieb ich eine eMail an Wittens „Umweltmanagerin“ Frau Sonja Eisenmann zum Thema „Witten ohne Umweltzone“.

Erst nach einer erneuten Nachfrage erhielt ich am 07. Januar 2016 als Antwort, dass sie nicht zuständig sei und ich mich an die Bezirksregierung Arnsberg wenden möge. Das hatte ich zwischenzeitlich am 06. Januar schon selbst getan.

Wobei sich mir schon die Frage stellt, wieso die Wittener Umweltmanagerin nicht einfach selbständig meine Anfrage weitergeleitet hat, das wäre doch das mindeste, was man erwarten könnte.

Von der Regierungspräsidentin erhielt ich auch keine Antwort. Deshalb mahnte ich am 04. Februar die Beantwortung meiner Anfrage an. Dabei erlaubte ich mir, auch den **WDR** nachrichtlich zu beteiligen. Das hatte wohl Wirkung.

Denn kurz danach, am 09. Februar, kam eine Eingangsbestätigung der zuständigen Stelle in Arnsberg mit der Ankündigung:

„ ... habe ich die zuständigen Stellen für die Anlagenüberwachung und für die Messnetzbetriebung ebenfalls um Stel-

lungnahme gebeten. Daher kann die Beantwortung Ihrer Anfrage ein paar Tage in Anspruch nehmen.“

Was hatte ich denn da angefragt?

„Sehr geehrte Frau ..., nachdem die Umweltbeauftragte der Stadt Witten mir seit November 2015 keine Antwort zu meiner Anfrage zukommen ließ, wende ich mich an Sie, in der Hoffnung Antworten zu bekommen.“

• **Warum wurde die Stadt Witten aus den Umweltzonen explizit herausgenommen, während sich Nachbargemeinden durchaus dazu bekennen?**

• **Warum misst die einzige aktive Umweltmessstation in Witten nur die Windrichtung und Windgeschwindigkeit? Es werden keine Feinstaubmessdatendaten erhoben.** (s. Tabelle rechts)

Auch die sonstigen Parameter sind leer. Siehe:

<http://www.lanuv.nrw.de/umwelt/luft/immersionen/stationen-und-messwerte/>

Die Station steht im nordöstlichen Teil der Stadt auf dem unbefestigten Parkplatz einer Sportanlage neben der Westfalenstraße. Nördlich der Station erstrecken sich vorwiegend Felder und Wiesen. Das übrige Stationsumfeld besteht vorwiegend aus Wohnbebauung, sowie einzelnen metallverarbeitenden Betrieben. Die BAB A 44 verläuft 1,5 km nördlich in Ost-West-Richtung.

In der Ruhrstr. hängt nur der Passiv-

Messkomponenten		
SO ₂	Schwefeldioxid [µg/m ³]	
NO	Stickstoffmonoxid [µg/m ³]	
NO ₂	Stickstoffdioxid [µg/m ³]	
PM10	Schwebstaub PM10 [µg/m ³]	
PM25	Schwebstaub PM25 [µg/m ³]	
O ₃	Ozon [µg/m ³]	
	Schwermetalle	
PAK	Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe	
KW	Kohlenwasserstoffe	
PM10	Schwebstaub PM10	
NO ₂	Stickstoffdioxid [µg/m ³]	
WRI	Windrichtung	✓
WGES	Windgeschwindigkeit [m/S]	✓
LTEM	Lufttemperatur [Grad Celsius]	
RFEU	Relative Luftfeuchte [%]	
LDRU	Luftdruck [hPa]	
NSCH	Niederschlagsmenge [mm]	
STRA	Strahlungsbilanz [kWh/m ²]	

sammler für Stickstoffdioxid. Kein Feinstaubmessgerät!

	BTEX aktive PN	BTEX passive PN	PM10 (1-taglich)	PM2,5	Metalle in PM10	PAK in PM10	NO2 Passiv	Russ	Ionen
DENW239							X		

Die LANUV Messstation, einst in Witten lokalisiert, wurde abgezogen.

Die einstige Messstation „WIM2“ wurden erstmals für das Jahr 2005 und letztmals für den Zeitraum 2010 durchgeführt.

Die Edelstahlwerke in Witten machen zwar eigene Messungen, die aber erst zeitverzögert im Nachhaltigkeitsbericht erscheinen. **Keine aktuellen Daten!** Der Umweltbericht erscheint neuerdings alle 2 Jahre, also seltener. Die Messwerte zeigen durchaus Grenzwertüberschreitungen aber auch ausgefallene Messungen für Arsen, Blei ... usw.:

<http://www.lanuv.nrw.de/umwelt/luft/immersionen/staubniederschlag/messergebnisse/>

Können Sie bitte sagen, was Sie zum Thema Umweltzone, LANUV Messstation, sinnvoller Umweltmessstation in der Stadt nebst aktueller Feinstaubwerte unternehmen werden?



Fortsetzung von S. 6

Witten sollte, wenn so schön von Witten Umwelt 2020 geschrieben und geworben wird, zum Schutze der Gesundheit seiner Bürger aktuell in die Umweltzone integriert werden, nebst einer sinnvollen, online fähigen zentral liegenden Umweltmessstation bestückt werden und die **Vollständigkeit und Aktualität der Messwerte rund ums Stahlwerk in Augenschein genommen werden.**

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Seidel“

Soweit mein Schreiben an die Präsidentin der Bezirksregierung in Arnsberg von Anfang Januar diesen Jahres.

Ironischerweise könnte man sagen: Na klar braucht Witten keine Umweltzone,

denn was man nicht bereit ist zu messen, kann nicht zu bedenklichen Messwertüberschreitungen führen.

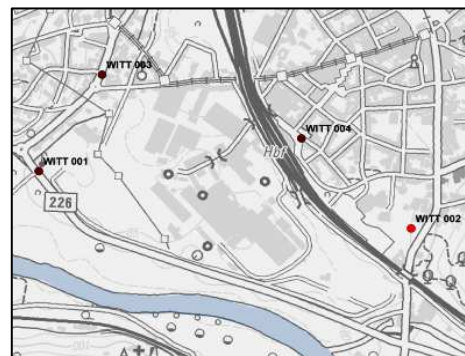
Ruß und Feinstaub sind dann ja kein ermitteltes Problem.

Bekannterweise bezieht die Bürgermeisterin für ihre Aufsichtsratsstätigkeit bei den Deutschen Edelstahlwerken GmbH (DEW) jährlich 10.000,- EUR.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Ebenso möchte ja unsere Stadtspitze das Oldtimerfestival nicht gefährden, lieber stattdessen wohl die Gesundheit unserer Bevölkerung. Hauptsache der Tourismus brummt.

Da passt auch die Nachricht, dass das Bundeskartellamt u. a. gegen die Deutschen Edelstahlwerke (DEW) in Witten



Messpunkte um das Edelstahlwerk

wegen möglicher Absprachen in der Edelstahlbranche ermittelt.

Die Prioritäten sind klar, erst kommt das Geld und dann ganz weit dahinter die Gesundheit der Bürger.

Zur Dokumentation hat uns Herr Seidel **erhebliche Überschreitungen von Grenzwerten zur Verfügung gestellt, die er auf der Homepage des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrheinwestfalen gefunden hat. Im groben Staubbiederschlag waren 2014 bei jährlich 84 möglichen, gemittelten Messwerten allein 70 Mal wesentlich mehr Nickel als erlaubt enthalten, also mehr oder weniger ständig. Nickel kommt eindeutig aus der Edelstahlproduktion und wirkt toxisch. Einen Grenzwert von Giften, unterhalb dessen Gesundheitsrisiken sicher ausgeschlossen werden könnten, gibt es nicht. Umso schlimmer, dass nicht einmal Grenzwerte eingehalten werden. Die besonders gefährlichen Feinstäube, die bis in die kleinsten Lungenbläschen gelangen, werden in Witten noch nicht einmal gemessen!** (d. Red.)

Messung von Metallen im Staubbiederschlag (SN) Jahresmittelwerte 2014

Stand: 20.03.2015								
Messpunkte mit Monatswerten								
Station	Beginn	Ende	SN g/(m ² d)	Blei µg/(m ² d)	Cadmium µg/(m ² d)	Arsen µg/(m ² d)	Nickel µg/(m ² d)	Chrom µg/(m ² d)
Grenzwert			0,35	100	2	4	15	
Anzahl der Überschreitungen pro Jahr			7	8	5	10	70	
WITT 004	24.01.14	25.02.14	0,291	19,0	0,3	1,1	301,8	1997
WITT 004	25.02.14	26.03.14	Ausfall	Ausfall	Ausfall	Ausfall	Ausfall	Ausfall
WITT 004	26.03.14	25.04.14	0,154	21,7	0,4	1,2	101,7	965
WITT 004	25.04.14	27.05.14	0,285	27,0	0,5	2,0	256,7	1162
WITT 004	27.05.14	27.06.14	0,048	Ausfall	Ausfall	Ausfall	Ausfall	Ausfall
WITT 004	27.06.14	25.07.14	0,543	16,9	0,3	1,5	39,5	226
WITT 004	25.07.14	25.08.14	0,309	30,1	0,4	2,2	129,7	980
WITT 004	25.08.14	24.09.14	0,350	12,7	0,3	1,5	111,2	152
WITT 004	24.09.14	24.10.14	0,289	12,0	0,3	1,0	101,7	1692
WITT 004	24.10.14	24.11.14	0,214	6,9	0,2	0,6	39,4	2311

Anmerkung der Redaktion:

Zunächst einmal danken wir unserem Leser Herrn Wolfgang Seidel für seine hartnäckige Initiative im Kampf gegen die Gefährdung der Gesundheit der Wittener Bevölkerung, insbesondere unserer Kinder, durch die verschiedensten Feinstäube.

Im Hauptartikel unserer Zeitung *Witten im AUFbruch* Nr. 3-2015, herunterzuladen bei www.auf-witten.de, werden Sie zahlreiche Hinweise und Enthüllungen dazu finden, wie lange das schon geht, ohne dass sich etwas substanzielles an der toxischen Belastung der Atemluft geändert hätte.

Man darf gespannt sein, wie die Antwort der Bezirksregierung zu den angesprochenen Problemen sein wird. Bisher zumindest hat sie sich beim Schutz unserer natürlichen Umwelt vor ihrer Zerstörung durch industrielle Umweltverbrechen als wenig effektiv und eher beschönigend gezeigt.

So wie auch kürzlich in ihrer Antwort auf unsere Anfrage zur Gesundheitsgefährdung durch den Brand bei *HP Pelzer Chemie* (siehe Seite 8).

Hoffentlich erfüllen sich die Erwartungen unseres Lesers Seidel an den WDR, nachdem bereits dessen Aufnahme in seinen eMail-Verteiler eine Reaktion bei der Bezirksregierung hervorgerufen hat.

Ein weitergehendes Engagement des WDR würde sich positiv abheben von der bisherigen Rolle der örtlichen Medien, insbesondere der WAZ, die der Selbstbeweihräucherung der Edelstahlwerke im vorgeblichen Umweltschutz breiten Raum gab. Auch unsere Stellungnahmen zum Pelzerbrand und zu jahrelangen Umweltverbrechen in der Produktion von HP Pelzer Chemie wurden beharrlich ignoriert.

Wir werden unsere Leser selbstverständlich über den weiteren Fortgang informieren im klaren Bewusstsein, dass wirkliche Veränderungen zum Positiven nur durch Kampf gegen Profitinteressen möglich sind.

Wie man antwortet, ohne was zu sagen

Stadtverwaltung und Bezirksregierung Arnsberg antworten in altbekannter Manier auf unsere Anfrage zum Brand bei *HP Pelzer Chemie*

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*



Nach mehreren Monaten und mehrmaligem Nachhaken, erhielten wir endlich auf unsere Fragen zur kilometerweit sichtbaren schwarzen Qualmwolke beim Brand der Chemiefabrik *HP Pelzer Chemie* eine Antwort.

Wir wollten gerne wissen, was **genau in der Wolke an Giftstoffen** enthalten war, wie das gemessen wurde und ob Bodenniederschläge untersucht worden sind.

Dazu gaben wir auch Hinweise, was an Giften zu erwarten ist entsprechend unserer Kenntnisse über die in Brand geratene Produktion, **bei der in einem Zeitraum der letzten 20 Jahre über 50 Pelzerarbeiter frühzeitig verstorben sind** oder schwer erkrankten.

Auch war uns bekannt, dass bei *HP Pelzer Umweltverbrechen vertuscht werden* und sich die staatlichen Überwachungsorgane wie so oft dabei wenig aufklärend verhalten haben. Deshalb stellten wir auch in diese Richtung einige kritische Fragen.

Angeblich alles ok

Die Stadtverwaltung teilt mit, dass die zuständige Messeinheit zwei Wischproben genommen hat: an einem brandnah abgestellten PKW und einem in Windrichtung befindlichen Windkraft-Flügel. Die Abwischungen wurden untersucht.

„Aufgrund dieser Analyseergebnisse und der Tatsache, dass die Rauchwolke zunächst relativ senkrecht nach oben gezogen ist, und in höheren Luftschichten dann in Richtung Dortmund gezogen ist, hat ein hoher Verdünnungseffekt der ohnehin nicht sehr stark belasteten Rauchwolke stattgefunden. Zudem hat keine Beaufschlagung der Kleingartenflächen mit den Rauchgasen stattgefunden. Die Verwaltung sieht deshalb weder im engeren noch

weiteren Umfeld die Notwendigkeit, Feldfrüchte zu untersuchen.“

Was bedeutet das?

- Es wurde bewusst nicht in der Rauchwolke gemessen, weil man auf den Verdünnungseffekt setzt. **„Sollen doch andere den Dreck abkriegen!“**
- Deshalb weiß man auch ohne Messung, dass die pechschwarze Rauchwolke „**ohnehin nicht stark belastet**“ gewesen sei - Respekt!
- Die von *AUF Witten* bewusst vorgeschlagenen Gifte, die typisch produktionsbedingt anfallen, nämlich **Cyanwasserstoffe, Ammoniak und Formaldehyd**, wurden **nicht untersucht!** Wegen dem **Verdünnungseffekt** seien sie **ohnehin ohne Bedeutung**.

Abgesehen davon gibt es keine unbedenklichen Grenzwerte, ab denen man problemlos Umweltgifte und Feinstaub einatmen könnte. Jeder Mensch reagiert anders.

Gleichzeitig stellt die Stadtverwaltung der Bezirksregierung und der Firma *HP Pelzer Chemie* einen Persilschein aus. Auf unsere Frage, was sie zum Schutz der betroffenen Arbeiter und zur Aufklärung der Umweltbelastung durch die Firma *HP Pelzer Chemie* tun will, erklärt sie:

„Die nach BImSchG*) zuständige Genehmigungsbehörde für derartige Betriebe ist die Bezirksregierung in Arnsberg. In diesem Genehmigungsverfahren werden u.a. Umweltbelange und Arbeitsschutzbelange geprüft. Die Erteilung der Genehmigung durch die zuständige Behörde kann nur erfolgen, wenn sowohl im Umweltbereich als auch im Arbeitsschutzbereich die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen.“

Das bedeutet:

ist einmal eine Genehmigung erteilt worden, kann es gar keine Umweltverbrechen mehr geben. Selbst wenn unklare Todesfälle und Erkrankungen sich häufen und in einer Produktionslinie mehr als die Hälfte der Chemiearbeiter



Brand bei *HP Pelzer Chemie* am 23. März 2015

betroffen ist! Selbst wenn eine ganze Halle mit Öl und Harzen als Ausgangsstoffe für Dämmmaterial abgebrannt ist.

Diese Praxis hat Methode, wie sich in der Antwort der Bezirksregierung Arnsberg auf unsere Frage zeigt. Wir wollten wissen, ob es überhaupt Nachweise über Kauf und Lagerung so großer Ölmengen und Isocyanaten gibt:

„In einer Genehmigung nach dem BImSchG wird festgelegt, welche Stoffmengen auf dem Betriebsgelände maximal gehandhabt werden dürfen. Dabei spielt es keine Rolle wie oft diese Gesamtmenge wieder aufgefüllt wird. Daher sind Kaufnachweise für unsere Überwachung nicht aussagekräftig.“

Das bedeutet:

Ist einmal eine Genehmigung erteilt worden, kümmert sich niemand mehr darum, ob alles mit rechten Dingen zugeht oder ob abweichend von der Genehmigung gehandelt wird.

*) Bundes Immissionsschutz Gesetz

Fortsetzung von S. 8

So ist es auch nicht mehr möglich, genau nachzuhalten, was denn überhaupt exakt in der Halle verbrannt ist. Darum ging es aber, dazu machten wir in unserer Anfrage explizite Hinweise.

Eine solche Methode erklärt auch das krasse Versagen der Aufsicht der Bezirksregierung Arnberg beim PCB-Skandal von Envio in Dortmund.

Das hat System

Mit dem Versagen des ganzen Systems des Umweltschutzes in Deutschland werden wir nicht erst seit VW oder neuerdings auch Mercedes konfrontiert.

Am 4. November 2006 informierten wir unsere Leser in der Ausgabe 4/2006 darüber, dass wir gegen die leitende Beamtin des Staatlichen Umweltamtes in Hagen Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Landesregierung NRW gestellt haben wegen nachweislicher Falschaussagen zugunsten der Umweltbelastung durch die Firma *Degussa/Sasol* Witten.

Darin schrieben wir:

"Bei einer dermaßen erdrückenden Übermacht der Industrie, wie sie in Witten zu Tage tritt, ist es erstaunlich, dass staatliche Behörden, die ja die Interessen der Menschen vertreten sollten, nicht einmal versuchen, pro forma den Eindruck zu erwecken, als würden sie die Bedenken der Betroffenen irgendwie teilen können."

Die zuständige Bezirksregierung Arnberg teilte uns mit, "dass die notwendigen Ermittlungen einige Zeit in Anspruch nehmen werden".

Diese „Ermittlungen“ dauerten solange, bis das Staatliche Umweltamt Hagen wenig später am 01.01.2007 aufgelöst und in die Bezirksregierung Arnberg integriert wurde. Damit hatte sich nach Ansicht unserer obersten Umweltschützer unsere Dienstaufsichtsbeschwerde von selbst erübrigt.

Vermutlich wusste die damals leitende Beamtin des Staatlichen Umweltamtes Hagen schon, dass Sie wenige Wochen

nach unserer Beschwerde nicht mehr belangt würde. Schließlich ist sie ja direkt nach Arnberg versetzt worden, wie wir jetzt sicher wissen.

Denn das Antwortschreiben der Bezirksregierung Arnberg auf unsere Pelzeranfrage wurde von ihr verfasst, von Frau Dr. Jutta W.-S.

Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Auf sich beruhen lassen werden wir die Sache jedenfalls nicht.

Dem ehemaligen Pelzerkollegen Peter Spyrka wurden anonym Bilder direkt vom Brandherd und Umgebung in den Briefkasten geworfen.

Spyrka hatte seinerzeit Niederschläge von der Hallendecke analysieren lassen, wo er gearbeitet hat und den Nachweis einer systematischen Umweltvergiftung durch hochtoxische Stäube und Dämpfe erbracht. Wer in dieser Sache aktiv werden will und bei AUF Witten mitarbeiten möchte, kann sich direkt und vertraulich an uns wenden.

(Adresse, Telefon und e Mail auf Seite 12)

Nachhaltiges Partnerprojekt

In Truckenthal/Thüringen entsteht etwas höchst Interessantes und Unterstützungswertes: ein Partnerprojekt mit Nachhaltigkeit als Alternative zur gescheiterten Flüchtlingspolitik der EU.

Die Ferienanlage „Im Waldgrund Truckenthal“ stellt ein Haus der Solidarität zur Verfügung, das in gemeinsamer Arbeit zusammen mit kurdischen Flüchtlingen aus Syrien und Irak entsteht.

Momentan können auf dem Ferienanlage sofort 150 Flüchtlinge aufgenommen werden, nach dem Umbau kommen weitere 150 dazu.

Dafür gibt es laut Landratsamt Sonneberg und der Thüringer Staatskanzlei bisher „keinen Bedarf“!

Das Haus der Solidarität ist eine Alternative zur unwürdigen Behandlung der Flüchtlinge durch die EU-Regierungen.

Für bis zu 300 kurdische Flüchtlinge aus Syrien und Irak wird die Möglichkeit geschaffen, in würdiger Weise ihre demokratischen Errungenschaften weiter zu leben.

Sie können sich erholen und Kräfte sammeln für die Rückkehr und den Wiederaufbau ihres Landes und für den Kampf um Demokratie und Freiheit.

Darauf setzt das Konzept im Haus der Solidarität.

Wer dies praktisch und/oder finanziell unterstützen will, kann sich bei AUF Witten oder unter www.ferienpark-thueringerwald.de/haus-der-solidaritaet informieren.

In den Osterferien fährt eine Unterstützerguppe nach Truckenthal, um dort praktisch mitanzupacken, denn so etwas auf die Beine zu stellen, geht nur selbstlos und ohne Eigennutz.



Aus diesem renovierungsbedürftigen Wohnblock entsteht das Haus der Solidarität

Wer für die Tage vom 8. – 10. April mitfahren möchte, kann sich gerne an AUF Witten wenden.

Natürlich gibt es auch außerhalb der Ferientage- oder wochenweise die Möglichkeit, mitzubauen.

Das Projekt wird nach demselben Prinzip durchgeführt, wie auch AUF Witten seine politische Tätigkeit versteht, nämlich im Sinne von:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!



8. März: Internationaler Frauentag

Dorith Barth

Frauenverband Courage e.V. Witten



Für fast 100 Frauen in Köln geriet die Silvesternacht 2015 zum Albtraum: von Gruppen Betrunkener umzingelt, brutaler Anmache und

Gewalt ausgesetzt. 140 Polizisten waren nach Angaben des Kölner Polizeipräsidenten Albers vor Ort und griffen offenbar nicht ein.

Viele Medien behaupten in den nächsten Tagen in ihrer Berichterstattung, es handle sich um 1.000 Täter aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum. Allen voran sprach Innenminister **Ralph Jäger** (SPD) zu einem Zeitpunkt, als die Ermittlungen noch gar nicht begonnen haben, von „nordafrikanische(n) Männergruppen“. **Absicht oder Versehen?** Wir halten es mit der Kölner Oberbürgermeisterin **Reker**: „Spekulationen über die Täter sind absolut unzulässig“.

In einem Bericht des Justizministers von NRW, **Thomas Kutschaty** (SPD), wird festgestellt, dass „im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen erfasste Straftaten lediglich einen Anteil von 0,04% an den 2014 insgesamt registrierten Straftaten haben.“

Ähnliche Zahlen gibt es bereits zum Jahr 2015. Die bösartige Gewalt gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln und auch anderen Städten hat mit der Zahl der Flüchtlinge in Deutschland oder mit ihren Herkunftsländern überhaupt nichts zu tun. **Wir verurteilen diese Gewalt gegen Frauen und fordern die Ermittlung der Täter und ihre Bestrafung - ohne Hetze gegen Asylbewerber und**

Flüchtlinge aus welchem Land auch immer!

Wie entsteht Gewaltbereitschaft gegen Frauen?

Gewalt gegen Frauen entwickelt sich u.a. aus patriarchalen Denkstrukturen, die Frauen als weniger wert erachten und für die Frauen deshalb Freiwild sind. **Leidtragende sind viele Flüchtlingsfrauen, die aus ihrem Land geflohen sind, um der alltäglichen Gewalt zu entkommen.**

In Deutschland gelten ihre Herkunftsländer jedoch als „sicher“, da Gewalt gegen Frauen als Fluchtgrund in der Praxis oft nicht anerkannt wird. Oder ihre Länder werden einfach zu sicheren Herkunftsländern umetikettiert.

Auch in Deutschland hat jede Dritte Frau im Alter zwischen 15 und 65 Jahren Erfahrungen mit sexueller, psychischer oder körperlicher Gewaltanwendung gemacht.

Die Beschäftigten im Erziehungs- und Sozialwesen haben im letzten Jahr gegen die Geringschätzung und schlechte Bezahlung der wertvollen gesellschaftlichen Arbeit von Frauen gestreikt und damit ein Zeichen gegen die strukturelle Gewalt an Frauen gesetzt.

Und Gewalt gegen Frauen wird in unserer Gesellschaft von einer **dekadenten Pornografiekultur** angeheizt, in der Frauen als Ware gehandelt werden und in der eine **unmenschliche Sex-„Industrie“** Milliardenumsätze macht.

Quer durch Deutschland - speziell in Köln - sieht man auf Plakatwänden große Anzeigen von Bordellbetreibern in denen „100 girls...“ „angeboten“ werden.

Die Betreiber des *Pascha*, eines der größten Flatrate-Bordelle, unterhalten zu

Werbezwecken einen gemeinnützigen(!) Verein! ...

Mehr Überwachungskameras und Polizeipräsenz: die Lösung?

Die gesamte Debatte sucht überhaupt nicht die Ursachen und deren Bekämpfung, sondern spielt *Pegida*, *AFD* und *Faschisten* in die Hände, die solche Vorfälle nutzen, um für ihre fremdenfeindlichen Parolen neue Anhänger zu finden.

Spitzenpolitiker vor allem der *CDU* führen heuchlerisch den Schutz der Frauen ins Feld, um eine verschärfte Abschiebepolitik durchzusetzen und erhoffen sich dafür eine Rechtfertigung und größere Akzeptanz zu finden. **Das lehnen wir entschieden ab!**

Wir Couragefrauen wissen, wie schwer es ist, mit kämpferischen Aktionen und Veranstaltungen, wie z.B. beim **Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen** in bundesweite Schlagzeilen zu kommen.

Courage selbst ist von einer Art struktureller Gewalt betroffen, wir stehen im vierten Jahr unseres Kampfes gegen die Aberkennung unserer Gemeinnützigkeit. (vorstehenden Beitrag habe ich mit kleinen Änderungen entnommen aus www.fvcourage.de – Dorith Barth)

Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Witten am 05. März 2016 von 11 bis 13 Uhr auf dem Berliner Platz Mitmachen und mitreden erwünscht! Frauengruppe Courage Witten

Weltfrauenkonferenz in Nepal

Witten im AUFbruch sprach mit Anna Schmit aus Witten, die bei den Kommunalwahlen 2014, damals 18jährig, für AUF Witten im Wahlbezirk Heven Ost kandidierte. Sie ist überdies Mitglied im kämpferischen Frauenrat Deutschland und Delegierte zur Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen vom 13. – 18. März 2016 in Nepal. Die Gründungskonferenz 5 Jahre davor wurde in Venezuela abgehalten.

? Was ist das für eine Konferenz?

Anna Schmit (A.S.): Hier kommen Frauen aus der ganzen Welt zusammen, beraten über ihre Situation in ihren Ländern und fassen Beschlüsse, **um weltweit enger zusammen zu arbeiten.** Wegen der weltweit herrschenden besonderen Unterdrückung der Frau **haben Frauen allen Grund, für ihre Rechte und ihre Zukunft zu kämpfen. Das geht nur im Vertrauen auf die eigene Kraft.**

Deshalb ist die Weltfrauenkonferenz **komplett selbst organisiert und selbst finanziert**, auch wenn viele Teilnehmerinnen in großer Armut leben. Doch wir machen uns von niemandem abhängig.

Die Konferenz ist **für jede Weltanschauung offen** – außer für Faschisten und religiöse Fanatiker. Es kommen Christinnen, Muslimas, linke Frauen, Demokratinnen, Revolutionärinnen ...

? Der Konferenzort Nepal scheint eine große Herausforderung zu sein?

A.S.: Dass die Konferenz in Nepal stattfinden kann, **ist hart erkämpft.** 2015 zerstörte ein verheerendes Erdbeben große Teile des Landes. Im September 2015 wurde nach langjährigem Kampf gegen die Monarchie eine **fortschrittliche Verfassung** verabschiedet. Darin sind Frauenrechte wie das *Recht auf gleiche Bezahlung wie Männer bei gleicher Tätigkeit*



oder das Recht auf grundlegende medizinische Versorgung festgeschrieben. **Nur einen Tag nach Inkrafttreten der Verfassung verhängte die indische Modi-Regierung eine inoffizielle Blockade gegen Nepal.** Treibstoff, Gas zum Kochen oder Medikamente wurden nicht mehr ins Land gelassen. Schulen mussten geschlossen werden, Kinder starben durch mangelnde medizinische Versorgung, der Alltag für die Menschen Nepals wurde immer komplizierter.

Die Frauen in Nepal entschieden sich dennoch, die Weltfrauenkonferenz in Nepal durchzuführen – und vertrauten voll auf die Unterstützung der Weltfrauenbewegung. Es gab **breiteste Solidarität und die Blockade wurde aufgehoben!**

? Wie funktioniert die Konferenz?

A.S.: Sie hat zwei Säulen:

- **die Generalversammlung**, wo die Delegierten die Themen aus den einzelnen Ländern diskutieren, Resolutionen verabschieden und Beschlüsse fassen. **Jedes Land darf fünf Delegierte wählen.** Können aus einem Land weniger Frauen kommen, hat das Land trotzdem fünf Stimmen – so ist kein Land benachteiligt.

- **das Massenprogramm** mit Workshops für verschiedene Fragen der Weltfrauen. Ich bereite gemeinsam einen Workshop **zur Lage der jungen Frauen und Mädchen der Welt** vor. Außerdem gibt es einen Massenchor, Sport, Kultur-nächte. Ein Highlight wird der **internationale Songcontest**, der eine *Hymne der Frauen und Mädchen der Welt* finden soll und von Mädchen vom Jugendverband REBELL aus Deutschland und aus Afrika vorbereitet wird.

? Was muss man sich unter Basisfrauen vorstellen?

A.S.: Es sollen keine hohen Vertreterinnen schöne Reden schwingen, **stattdessen kommen die Frauen von der Basis zu Wort:** *Schichtarbeiterinnen* aus Deutschland, *Textilarbeiterinnen* aus Bangladesh, *afrikanische Frauen gegen Armut*, *Kämpferinnen aus der kurdischen*



Befreiungsbewegung, Flüchtlingsfrauen, junge Frauen gegen Sexismus.

? Es geht also um alltägliche Frauenprobleme weltweit?

A.S.: Genau. In Deutschland kämpften die Erzieherinnen 2015 darum, dass ihre Arbeit besser bezahlt, **aber auch höher anerkannt wird.** Auch geht es um die Vergiftung mit Umweltgiften und wie man sich erfolgreich wehrt.

Die Probleme sind in jedem Land unterschiedlich – doch uns eint der Wunsch für eine lebenswerte Zukunft und der Wille, dafür aktiv zu werden. Dabei können wir viel voneinander lernen und wollen überlegen, wie die Erfolge und Kämpfe der einzelnen in jedes Land getragen werden können.

? Wie wird man Delegierte?

A.S.: In meiner Ausbildung zur Krankenschwester, einem typischen Frauenberuf, sehe ich täglich, wie die Gesundheit dem Profit untergeordnet, Hilfsbereitschaft und Einsatz vieler Frauen missbraucht werden. Erfahrungen mit dem Sexismus habe ich auch. **Doch schon früh habe ich gelernt, dass wir nur organisiert etwas verändern können.**

Deshalb war ich bei der Kinderorganisation *Rotfuchse* und heute im Jugendverband *REBELL* organisiert. In jungen Frauen und Mädchen steckt viel Power und es ist unbedingt richtig, gemeinsam für unsere Zukunft zu kämpfen. **Dafür stehe ich in meinem ganzen Leben.**

Ich habe mich als Delegierte wählen lassen, um dort unsere Erfahrungen einzubringen und junge Frauen und Mädchen aus Deutschland zu vertreten.

Ich möchte jede aufrufen, sich einzumischen, aktiv zu werden für ihre Zukunft und sich dazu mit anderen zusammen zu schließen!

Sich positionieren

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*



Die Ereignisse der Welt halten uns in Atem. Kriege, Katastrophen, Hunger und Elend und Scheitern der EU-Flüchtlingspolitik.

Die gesellschaftliche Debatte wird rauer, die Polarisierung der Meinungen unter den Menschen nimmt zu. Die nach wie vor große Welle der Hilfsbereitschaft in breiten Teilen der Bevölkerung stößt auf zunehmende Aggressivität und mobähnliches Verhalten gegenüber Asylsuchenden, fast jeden Tag liest man über Anschläge auf Flüchtlingseinrichtungen.

Die Vertreter der herrschenden Politik, die sich ungeniert das uneigennützig Engagement vieler Bürger ans Revers heften, erweisen sich als die größten

Heuchler, wenn sie davon sprechen, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen.

Sie spielen mit Grundrechten, als wären diese eine beliebige Manövriermasse und beschließen militärische Abenteuer, um bei der Verteilung lukrativer und rohstoffreicher Einflussgebiete mit dabei zu sein. Damit gießen sie bewusst Öl ins Feuer.

Gleichzeitig ist angeblich zuwenig Geld für die Grundbedürfnisse der Menschen vorhanden. Durch die herrschende Umverteilungspolitik sind die Kommunen am Ende der Nahrungskette, obwohl von hier aus die Wertschöpfung ihren Anfang nimmt.

Mit welchem Zynismus die herrschende Klasse den Grundbedürfnissen der Menschheit gegenübersteht, sieht man exemplarisch am Abgasskandal nicht nur von VW, sondern auch Mercedes und anderer Umweltvergifter. Daran sollten wir uns orientieren, wenn wir über die heutigen Probleme reden. Den Flüchtlingen die Schuld zu geben, ist nicht nur

eine alte Nazimethode, mit Sündenböcken von den eigentlichen Problemen abzulenken.

Sie verkennt, dass Flüchtlinge wertvolle Erfahrungen mit Umweltzerstörung, Raubbau an der Natur, Krieg und Hunger mitbringen und **wichtige Bündnispartner sein können für ein besseres Leben**. Abgesehen davon, dass sie mit-helfen, der Überalterung unserer Gesellschaft Einhalt zu gebieten.

Erfahrungen aus der Vergangenheit sind wichtig, um erneute Fehler zu vermeiden – der Maßstab für jegliche Form der Politik aber kann nur sein, **ob sie unserer Jugend eine sichere, friedliche und saubere Zukunft eröffnet**. *AUF Witten* jedenfalls stellt diesen Anspruch an seine Arbeit. Wie verschiedene Beiträge in dieser Ausgabe zeigen, wird das gut angenommen, auch mit neuen Autoren. Machen Sie doch bei uns mit, mit zwei neuen Mitgliedern auf unserer Jahreshauptversammlung wurde ein Anfang gemacht.

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Sa., 05. März:** Kundgebung zum Internationalen Frauentag, ab 11 Uhr, Berliner Platz
- **Fr., 11. März:** Umwelt-AG, 18 Uhr, Café Jané
- **Fr., 11. März:** 5. Jahrestag Super GAU in Fukushima
- **Sa., 19. März:** Veranstaltung zum Nevrozfest und Int. Frauentag, 15 Uhr, Wittener Werkstatt
- **So., 20. März:** Gedenken Märzgefallene, VVN – BdA Bochum, 11 Uhr, Marktplatz Bochum-Werne
- **Mo., 28. März:** Ostermarsch Ruhr, 3. Etappe von BO Werne nach Dortmund (geplant)
- **Di., 26. April:** 30. Jahrestag Super GAU Tschernobyl
- **Fr., 29. April:** Umwelt-AG, 18 Uhr, Café Jané

Schlussredaktion für *Witten im AUFbruch 2-2016* ist Montag, 25. April, Einsendungen bitte 1 Woche vorher
Aktuelles und weitere Infos zu den Terminen auf unserer Homepage

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de